

R1	Titel: Inklusion
	Antragssteller*in: Landesvorstand

1 **Antragstext:**

2

3 “Die Würde des Menschen ist unantastbar”, so heißt es im Grundgesetz. Es bedeutet, dass
4 alle Menschen gleiche, unantastbare Rechte haben. Kein Mensch ist besser oder wertvoller
5 als ein anderer, kein Leben ist wichtiger als ein anderes und kein Recht eines Menschen
6 wiegt schwerer als das Recht eines anderen.

7

8 Und obwohl solch große Worte in den grundlegenden Dokumenten der BRD
9 festgeschrieben sind, leben wir in einem Land, in welchem Menschen jeden Tag
10 Diskriminierung ausgesetzt sind. Denn Menschen werden nicht ihrer Menschenwürde
11 gemäß als gleichwertig angesehen und behandelt. Im Gegenteil: In der Welt, in der wir
12 leben, werden Menschen auf ihre ökonomische Leistungsfähigkeit reduziert. Wer viel leisten
13 kann, ist viel wert, wer wenig leisten kann, ist weniger wert. Entsprechend werden
14 Ressourcen verteilt und die Menschen selektiert.

15

16 Im Bildungssystem wird das sehr deutlich. Wer in die Schule kommt, hat innerhalb eines
17 vorgegebenen Rahmens zu funktionieren. Es wird erwartet, dass Kinder still sitzen können,
18 dem Unterricht folgen und vorgegebene Lernziele in vorgegebener Zeit erreichen. Wer den
19 festgelegten Erwartungen nicht gerecht wird, wird aussortiert, ausgeschlossen, abgewertet
20 und diskriminiert. Anstatt die Individualität verschiedener Menschen, ihre unterschiedlichen
21 Veranlagungen, Talente und Schwächen zu achten, zu akzeptieren und zu fördern, wird an
22 jeden Menschen, im Sinne der ökonomisch notwendigen “Vergleichbarkeit”, der gleiche
23 Maßstab angelegt.

24

25 Menschen mit Handicap leiden am meisten unter diesen menschenunwürdigen strukturellen
26 Bedingungen, die unter anderem im Schulsystem vorherrschen. Mittel der Selektion und
27 Ausgrenzung sind in unserem Bildungssystem die Förderschulen. Schulen für Menschen,
28 die nicht so sind, wie es erwartet wird. Und auch in der Gesellschaft herrscht gegenüber
29 “Behinderten” eine gewisse Abneigung in Form von fehlender Wertschätzung und
30 Ausgrenzung; das Wort “behindert” gilt in unserer Gesellschaft als Beleidigung.

31 Doch das Problem sind nicht die Menschen, denen ein Bein fehlt, die nicht sehen oder hören

32 können oder die für ihre emotionale Entwicklung mehr Zeit brauchen als andere. Das
33 Problem liegt in der Gesellschaft und in dem System, welche eine Norm vorgeben, wie ein
34 Mensch zu sein hat - unabhängig davon, ob diese Norm für das Individuum erreichbar ist
35 oder nicht.

36

37 Die Landeschüler*innenvertretung NRW fordert, dass alle Menschen unabhängig von ihren
38 körperlichen, geistigen oder anderen Voraussetzungen endlich gleichwertig behandelt
39 werden.

40

41 Statt "behinderte" Menschen gemäß ihren geistigen und körperlichen Eigenschaften von den
42 "normalen" zu trennen und einen parallelen Bildungszweig aufrecht zu erhalten, fordert die
43 LSV NRW, dass alle Schüler*innen in einer Schule für alle gemeinsam leben und lernen.
44 Niemand darf aus dieser Schule exkludiert werden. Aufgabe der Schule ist es dabei, allen
45 Menschen den Rahmen zu geben, den sie brauchen, um sich zu entwickeln und individuell
46 zu entfalten. Wichtig ist, dass Schule nicht länger nur als Ort des Lernens, sondern auch als
47 Lebensraum betrachtet wird, in dem sich Menschen begegnen und durch ein inklusives
48 Miteinander Rücksichtnahme, Verständnis und Akzeptanz lernen. Dies wiederum ist eine
49 wichtige Basis für ein ausgeprägtes Demokratieverständnis. So können nur mit Hilfe einer
50 inklusiven Schule die Grundsteine für eine solidarische Gesellschaft gelegt werden, in der
51 die Würde jedes einzelnen geachtet wird.

52

53 In dem Grundsatzprogramm der LSV NRW heißt es dazu:

54 "In der inklusiven Ganztags Gesamtschule sollen Schüler*innen unterschiedlichster
55 Herkunft, Vorgeschichte und Beeinträchtigungen miteinander lernen und leben, um von
56 ihren jeweiligen Stärken und Persönlichkeiten gemeinsam profitieren zu können. So lernen
57 sie unter anderem Rücksichtnahme und entwickeln soziale Kompetenzen, denn es ist durch
58 mehrere Gewerkschaftsstudien erwiesen, dass heterogene Lerngruppen für ein soziales
59 Miteinander und einen besseren Lernerfolg förderlich sind. Zum anderen soll die
60 Ausgrenzung von Minderheiten vermieden werden. Durch Respekt, Akzeptanz und Toleranz
61 gegenüber Minderheiten ergibt sich die Möglichkeit für Schüler*innen, in einem
62 harmonischen und vorurteilsfreien Miteinander zu leben. So erlernen die Schüler*innen, die
63 Besonderheiten der Individuen als Bereicherung aufzufassen und Vorurteile zu hinterfragen
64 und abzubauen."

65

66 Damit eine Schule ein Ort sein kann, an dem alle Menschen zusammen miteinander leben
67 und lernen können, muss diese entsprechend ausgestattet sein: zum Beispiel muss das
68 Gebäude barrierefrei sein, es müssen ausreichende räumliche Voraussetzungen vorhanden
69 sein, es müssen genügend Lehrer*innen, Sonderpädagog*innen, Schulpsycholog*innen und
70 auch weiteres pädagogisches Personal vorhanden sein. Doch auch die Notwendigkeit nach
71 einem großen materiellen Aufwand rechtfertigt in keinsten Weise die aktuellen Umstände.
72 Inklusion im Sinne einer Schule für alle steht als Menschenrecht neben anderen
73 Grundrechten wie zum Beispiel der Pressefreiheit und dem Recht auf Gesundheit.
74 Das gegenwärtige Problem liegt weniger in den gegebenen Möglichkeiten, sondern in der
75 Frage der Priorisierung, die der schulischen Inklusion offenbar keine große Bedeutung
76 zumisst. In Finanzkrisen fließen innerhalb kürzester Zeit riesige Summen an Banken,
77 einzelne Personen und Konzerne häufen, ohne große Steuern fürchten zu müssen, riesige
78 Vermögen an und Deutschland steht als wirtschaftlich stärkstes Land in der EU da, aber für
79 die Bildung junger Menschen gibt es nie genug Geld.

80

81 Die Landeschüler*innenvertretung hält diese Zustände für unhaltbar. Die Frage ist nicht, ob
82 es Geld und Möglichkeiten gibt, sondern wofür Geld ausgegeben wird und was wichtig ist.
83 Die Inklusion in Schule, aber auch an allen anderen Stellen der Gesellschaft muss endlich
84 ernst genommen werden und die Förderung erhalten, die sie verdient.

R2	Titel: Resolution zum Sexualkundeunterricht
	Antragssteller*in: Landesvorstand

1 **Antragstext:**

2 Der Sexualkundeunterricht in NRW ist geplagt von Unterrichts- und Lehrkräftausfall.
3 Wenn Unterricht stattfindet, wird dieser häufig entweder von ungeschulten
4 Fachfremden erteilt oder das „unangenehme Thema“ Sexualkunde wird in vier
5 Schulstunden schnell „durchgenommen“. Dass dabei die meisten Aspekte einer
6 modernen Sexualerziehung außen vor gelassen werden, ist den meisten Lehrkräften
7 oft nicht einmal bewusst. Themen wie sexuelle Vielfalt oder soziale Geschlechter
8 werden in einem Nebensatz erwähnt, obwohl sie zentrale Themen der Sexualität im
9 21. Jahrhundert sind. Dementsprechend fordert die Landesschüler*innenkonferenz NRW für
10 alle Schüler*innen NRWs:

11

12 I. DIE BEHANDLUNG SOZIALER GESCHLECHTER IM UNTERRICHT

13 Im Sexualkundeunterricht müssen zunächst einmal soziales und biologisches
14 Geschlecht differenziert aufgegriffen werden. Hierbei sollte der Fokus sowohl auf der
15 gleichwertigen Behandlung der drei biologischen Geschlechter liegen, wie auch auf
16 der Erläuterung des sozialen Geschlechts (Gender) auf Grundlage einiger Beispiele.
17 Dafür können geschlechtsspezifische Angebote von lokalen, unabhängigen
18 Organisationen genutzt werden. Auch soll in diesem Rahmen über kontroverse
19 Meinungen, im Bezug auf das soziale Geschlecht, gesprochen werden.
20 Daneben soll im Unterricht klar werden, dass Rollenbilder und geschlechtsbedingte
21 Verhaltensnormen keine biologische legitimation besitzen und ein rein
22 gesellschaftliches Produkt sind.

23

24 II. SEXUELLE VIELFALT ALS THEMA

25 Auch Sexualitäten sollen differenziert aufgegriffen werden. Exemplarisch sollen z. B.
26 an Hetero-, Homo-, Trans-, A- und Pansexualität Unterschiede und der Begriff
27 Sexualität erarbeitet werden, wobei stets vermittelt werden soll, dass es auch über
28 die behandelten Beispiele hinaus eine unendliche Fülle an sexuellen Orientierungen
29 gibt, welche als gleichwertig anzusehen sind. Auch soll auf die familiäre Seite
30 (Adoption), sowie Homo-,Transphobie eingegangen werden.

31 III. SEXUALITÄT NICHT AUF DEN MEHRGEWINN FÜR DIE GESELLSCHAFT ZU
32 REDUZIEREN

33 Neben der biologischen und sozialen Seite von Sexualität muss in einem modernen
34 und aufgeklärten Sexualkundeunterricht, auch auf die lustvolle und fetischistische
35 Seite eingegangen werden. Niemand sollte sich (im Sexualkundeunterricht) für
36 ihre*seine sexuellen Vorlieben schämen müssen. Dem muss mit genug
37 Aufklärungsarbeit zu Fetischismus entgegengewirkt werden. Gerade die Abgrenzung
38 von Fetischismus zu Paraphilie soll behandelt werden.

39

40 IV. TABUTHEMEN WIE SEXUELLEN MISSBRAUCH BIS HIN ZUR
41 VERGEWALTIGUNG AUFZUGREIFEN

42 Die lustvolle Ausübung von Sexualität hat in einer romantischen oder rein lustvollen
43 Beziehung aber auch Grenzen, die spätestens dort beginnen, wo die*der andere
44 „Nein“ sagt. Neben Grenzen in Beziehungen soll auch auf sexuellen Missbrauch und
45 Vergewaltigungen im Unterricht eingegangen werden. Dabei sollen Anlaufstellen
46 genannt und bei Beratungsbedarf auch Expert*innen dieser in den Unterricht mit
47 einbezogen werden.

48

49 V. DEN UMGANG MIT VERHÜTUNGSMITTELN UND HYGIENEARTIKELN
50 SCHULEN

51 Auch der verantwortungsvolle Umgang mit, sowie die Beschaffung von,
52 verschiedenen Verhütungsmitteln und deren Gefahren und Risiken sollen genauso,
53 wie der Umgang mit Tampons und anderen Hygieneartikeln, wie Binden oder
54 Menstruationstassen, umfassend besprochen werden.

55 VI. SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHE NICHT ZU TABUISIEREN

56 Gerade beim Thema Schwangerschaftsabbrüche soll nicht nur die ethische Seite,
57 sondern auch die praktische Seite beleuchtet werden. Den Schüler*innen soll klar
58 werden, wie ein Schwangerschaftsabbruch funktioniert und wie die rechtliche Lage
59 dazu aussieht. Hierzu bietet sich ein geschlechtsunabhängiger Besuch in einer
60 Beratungsstelle an.

61

62 VII. FORTBILDUNGEN FÜR LEHRKRÄFTE

63 Viele Lehrkräfte unterrichten Sexualkunde genauso gerne, wie andere
64 Themenbereiche. Einige teilen jedoch die selbe Angst: etwas Falsches zu sagen und

65 von den Eltern dafür verantwortlich gemacht zu werden. Daher sollen Lehrkräfte
66 gezielt zu einzelnen Themen, insbesondere sexueller Vielfalt und
67 Geschlechterdiversität, fortgebildet und auch bereits in ihrem Studium darauf
68 vorbereitet werden. Außerdem sollen Lehrkräfte mit den Fachstellen, entweder direkt
69 im Unterricht, oder in einer Fachstelle zusammenarbeiten.

70

71 VIII. VERTRAUENSPERSONEN ALS LEHRKRAFT

72 Ein Sexualkundeunterricht im Klassenverband und mit der Biologielehrkraft entspricht
73 selten der Vorstellung eines Schutzraumes. Deshalb sollen Möglichkeiten geschaffen
74 werden Sexualerziehung durch Expert*innen und/oder Vertrauenspersonen aus dem
75 Lehrer*innenkollegium zu gestalten. Dieser Unterricht soll, wenn möglich, den
76 Klassenverband aufbrechen, dabei aber nicht geschlechterspezifische Gruppen
77 schaffen. Dennoch sollen für bestimmte Themen geschlechtsspezifische
78 Schutzräume geschaffen werden, um allen Schüler*innen die Möglichkeit zu geben,
79 sich angstfrei in sicherer Umgebung zu geschlechtsspezifischen Dingen zu äußern,
80 nachzufragen und sich auszusprechen.

81

82 IX. WEITERGEHENDE FORDERUNGEN

83 Eine gute Sexualerziehung in Folge des Sexualkundeunterrichts ist der erste Schritt
84 in Richtung sexueller Selbstbestimmtheit, Verantwortung und Aufklärung
85 Jugendlicher. An dieser Stelle darf die Aufklärung jedoch nicht stoppen. Über
86 quadratische Funktionen lernt man schließlich auch nicht nur in der 8. Klasse etwas.
87 Daher fordern wir weitergehend, dass sexuelle Aufklärung durch Themen wie Homo-
88 und Transphobie oder Paraphilie etwa im sozialwissenschaftlichen Unterricht
89 fortgeführt wird.

90

91

92

93 **Begründung :** Der Sexualkundeunterricht an unseren Schulen ist häufiger schlecht als
94 recht. Viele der Werte, die die LSV NRW seit Jahrzehnten für selbstverständlich hält werden
95 im neuen Kernlehrplan Biologie 1 (der die Lerninhalte zur Sexualerziehung enthält) keines
96 Blickes gewürdigt. 2 So sollen verschiedene soziale Geschlechter ebenso wenig, wie der
97 Umgang mit Hygieneartikeln oder Verhütungsmitteln thematisiert werden. Auch die
98 lustvolle Seite der Sexualität wird im Kernlehrplan nicht erwähnt. Wir denken, dass alle

99 Schüler*innen ein Recht darauf haben nicht nur über die biologische Seite der Fortpflanzung,
100 sondern auch die lustvolle Seite 3 und den Umgang mit Verhütungsmitteln 4 , sowie
101 Schwangerschaftsabbrüchen aufgeklärt zu werden. 5
102 Doch kann diese Aufklärung nicht (nur) im Unterricht mit der Biologielehrkraft stattfinden.
103 Dies entspricht nicht unserer Vorstellung eines Schutzraumes, die bei diesem Thema nötig
104 ist. 6 Daher möchten wir fordern im Sexualkundeunterricht häufiger auf Expert*innen und
105 Beratungsstellen zurückzugreifen 7 , die gerade bei heiklen Themen, wie
106 Schwangerschaftsabbrüchen oder sexuellem Missbrauch professioneller und einfühlsamer
107 agieren. Auch möchten wir fordern, dass Lehrer*innen vermehrt in dem Bereich der
108 Sexualkunde fortgebildet werden, um die Defizite des Lehrplans aufzufangen und Fragen zu
109 sexueller Vielfalt und sozialen Geschlechtern mit mehr als einem verwirrten
110 Gesichtsausdruck zu beantworten. 8

111

112 Ministerium für Schule und
113 Bildung NW (Hrsg.)

114

115 Schule in NRW, Heft 3413, 1. Auflage, Düsseldorf, 2019

116

117 Ministerium für Schule und
118 Bildung NW

119

120 Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasium in
121 Nordrhein-Westfalen,

122

123 1 Bezug genommen wird hier auf den Kernlehrplan Biologie für die Sekundarstufe I (Erlass vom
124 23.06.2019).

125 2 Vgl. Ministerium für Schule und Bildung NW (Hrsg.), Schule in NRW, Heft 3413, S. 16ff.

126 3 GPO, Rn. 222ff.

127 4 GPO, Rn. 217ff.

128 5 Vgl. LSV NRW (Hrsg.), Grundsatzprogramm der LSV NRW, II 6.

129 6 GPO, Rn. 230.

130 7 GPO, Rn. 232f.

131 8 GPO, Rn. 230f.

132

133 <https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene>

- 134 /lehrplan/197/g9_bi_klp_%203413_2019_06_23.pdf
135 (besucht am 22.03.2020)
136
137 Landeschüler*innenvertretung NRW (LSV NRW)
138
139 Grundsatzprogramm der LSV NRW, 2019

R3	Titel: Umweltschutz – wir tun mal so, als ob...
	Antragssteller*in: Landesvorstand

1 **Antragstext:**

2 Schon seit Jahrzehnten ist klar, dass das Leben der menschlichen Zivilisation Einfluss auf das
3 Ökosystem der Erde hat. Wir wissen, dass Plastik für Menschen, Tiere und Pflanzen giftig ist,
4 dennoch schwimmen mehr als 100 Millionen Tonnen davon in allen Weltmeeren.¹ Diese Müll-
5 Inseln sind Zeugnisse falscher Entscheidungen, von Ignoranz und Gleichgültigkeit derjenigen,
6 die Mittel, Einfluss und Macht hatten und haben, solch globalen Problemen
7 entgegenzuwirken. So wachsen diese Müll-Inseln immer weiter, Jahr für Jahr, Tag für Tag.
8 Immer mehr Tiere sterben und ganze Arten werden Opfer von menschlicher Gier und
9 Arroganz. Die Stimmen derer, die Widerstand leisten, verstummen in dem Getöse des von
10 Menschen geschaffenen Systems, welches die Ausbeutung der Erde bis hin zur
11 Selbstzerstörung vorantreibt. Doch sind Umweltverschmutzung und Artensterben nicht die
12 einzigen negativen Auswirkungen menschlichen Schaffens. Seit Beginn der Industrialisierung
13 der europäischen Großmächte schreitet eine globale Entwicklung voran, die wir heute als den
14 menschengemachten Treibhauseffekt begreifen. Gemeint ist die Erwärmung des Weltklimas
15 durch von Menschen verursachte Treibhausgasemissionen. Die globale Erwärmung liegt
16 aktuell bei etwa 1 °C², schon heute sind die Auswirkungen dieses Temperaturanstiegs zu
17 spüren: die letzten Jahre waren weltweit die heißesten seit Beginn der
18 Wetteraufzeichnungen.³ Im Jahr 2018 wurden weltweit 37,1 Milliarden Tonnen CO₂
19 ausgestoßen, was einen Emissions-Zuwachs von 2,7 Prozent gegenüber 2017 bedeutet.⁴
20 Missernten und Hungersnöte, Leid und Gewalt sind heute schon und werden in Zukunft noch
21 mehr die Folgen der globalen Erwärmung sein.

22 Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt; aus diesem Reichtum gehen
23 Möglichkeiten hervor, Produktion und Energieversorgung ökologisch zu gestalten; dennoch

¹ http://plasticontrol.de/?page_id=56

² David Nelles, Christian Serrer: Kleine Gase - Große Wirkung: Der Klimawandel

³ <https://www.welt.de/wissenschaft/article186014486/2018-ist-weltweit-eines-der-heissesten-Jahre-aller-Zeiten.html>

⁴ <https://www.scinexx.de/news/geowissen/co2-ausstoss-steigt-ungebremst/>

24 zählt Deutschland zu den zehn Ländern mit dem weltweit größten CO₂-Emissionen und hat
25 damit 2% Anteil am menschengemachten Treibhauseffekt.⁵ Anstatt aus Fehlern zu lernen und
26 die globale Bedrohung der Erderwärmung im Rahmen der nationalen Möglichkeiten
27 anzugehen, lässt sich die deutsche Politik jedoch von Wirtschaftsinteressen leiten: Der
28 Kohleausstieg wird zu Gunsten von Energiekonzernen wie RWE verzögert und der
29 Individualverkehr weiter subventioniert. Elektroautos werden der Öffentlichkeit als neue
30 umweltfreundliche Lösung der Klimakatastrophe präsentiert, wobei sie nichts weiter als ein
31 neuer klimaschädlicher Markt sind, der Konzernen wie Volkswagen Profite sichert
32 (subventioniert aus der öffentlichen Hand). So wird die Zukunft der kommenden
33 menschlichen Generationen verkauft, am meisten leiden die Ärmsten der Weltbevölkerung,
34 welche in sowieso schon warmen und rauen Regionen dieser Welt leben.

35 In NRW lag der Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂-Emissionen fast 50% über dem Bundesdurchschnitt.⁶
36 In öffentliche Debatten wird oft der Lebensstil einzelner Menschen kritisiert und das Problem
37 der globalen Erwärmung individualisiert. Dabei liegt das wesentliche Problem nicht im
38 Individualkonsum. Auch wenn die Menschen in NRW einen von großem Konsum geprägten
39 Lebensstil verfolgen, welcher im übrigen von Medien, missbraucht für die Zwecke der
40 Machthabenden, propagiert und legitimiert wird, liegt das eigentliche Problem in der Natur
41 des Systems. Die Wirtschaft ist den Großteil der Treibhausgasemissionen, die später auf Pro-
42 Kopf-Emissionen runtergerechnet werden, verantwortlich. Gleichzeitig befeuert sie den
43 Individualkonsum gemäß ihren Interessen, denn immer größerer Konsum ist für ein stetiges
44 und exponentielles Wirtschaftswachstum unabdingbar; den das bestehende System allein zur
45 Selbsterhaltung braucht. Dass ein auf unendlichem Wachstum basierendes System in einer
46 Welt mit endlichen Ressourcen zum Scheitern verurteilt ist, liegt auf der Hand.

47 Es bedarf also einer grundlegenden Umstrukturierung des bestehenden Systems; dies zu
48 verwirklichen, ist eine politische Aufgabe!

49 Um auf politischer Ebene fundamentale Veränderungen an den bestehenden
50 gesellschaftlichen Verhältnissen demokratisch vorzunehmen, braucht es eines
51 entsprechenden politischen Drucks, der nur von einer mündigen, also aufgeklärten Mehrheit

⁵ ebd.

⁶ ebd.

52 im Volk kommen kann. Der Aufklärung zugrunde liegt eine gesellschaftliche Bildung, die jedem
53 Menschen zugestanden werden muss. Dabei sollte das erste Ziel der Bildung sein, dem
54 Menschen zu helfen, sich zu einem selbstständig und kritisch denkenden und handelnden
55 Individuum zu entwickeln - und das nicht nur nach der Unterrichtszeit.

56 Die Bildung im bestehenden Schulsystem in NRW folgt aber anderen Idealen: Schüler*innen
57 werden in erster Linie an die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse angepasst. Sie
58 werden für den Arbeitsmarkt "qualifiziert" und in der aktuellen Gesellschaft gleichgeschaltet.
59 Das System und die Gesellschaft werden als legitim und unveränderlich dargestellt.
60 Schüler*innen sollen nicht anzweifeln, sondern akzeptieren. Wessen Denken die Grenzen
61 dieses Systems überwindet und zum Beispiel die Schule und die Unterrichtsinhalte in Frage
62 stellt, wird als radikal und falsch Denkende*r bloßgestellt. Am meisten "Erfolg" – in dieser
63 Welt – haben die Menschen, welche sich in das System integrieren, nicht widersprechen und
64 das tun, was von ihnen verlangt wird. Unmündigkeit wird so mit unterschiedlichen Formen
65 von Gewalt anerzogen, kein Wunder, dass die Beteiligung von Jugendlichen an Politik, wie sie
66 heute gemacht wird, immer weiter sinkt.⁷

67 Angesichts der Klimakatastrophe hat sich gegen Anfang des Jahres 2019 in Deutschland ein
68 Ableger der mittlerweile globalen Fridays For Future (FFF) Bewegung gebildet, die von
69 Schüler*innen ausging, die freitags, meist in der Schulzeit, durch friedliche Demonstrationen
70 ihre Forderungen nach mehr Klimaschutz äußern. Dabei stehen Schüler*innen und andere
71 Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten, unterschiedlichen Alters und
72 unterschiedlicher Berufe Seite an Seite, um gegen die Zerstörung der Lebensgrundlage aller
73 Menschen zu kämpfen.

74 Doch anstatt die FFF Bewegung als politische Beteiligung heranwachsender Menschen
75 anzuerkennen, begann eine öffentliche Debatte über die Bedeutung der Schulpflicht. Anstatt
76 die Forderungen der jungen Menschen ernst zu nehmen, wurde ihr Aktivismus von
77 Spitzenpolitiker*innen als unseriös diffamiert und Schüler*innen, die freitags zu den
78 Demonstrationen gingen, erfuhren und erfahren bis heute Sanktionen.

⁷ https://www.springer.com/de/book/9783319393568?gclid=CjwKCAjwo9rtBRAdEiwA_WXcFm-8O927C1YvE2MpUGhef-SUT45n7R66kA8r6Om-3E6gel8mgntuLRoCvaoQAvD_BwE

79 Dennoch hat die Bewegung bis zum jetzigen Zeitpunkt Bestand und zumindest für ein größeres
80 öffentliches Bewusstsein für Klimaschutz gesorgt. Auch die Politik scheint nun geradezu
81 begeistert von den jugendlichen Demonstrant*innen, die sich für ihre Zukunft einsetzen. Doch
82 scheint dies nur ein neuer Versuch zu sein, die Bewegung politisch zu entmachten: Statt die
83 Schüler*innen als unartige Kinder darzustellen, welche jeden Freitag die Schule schwänzen,
84 gibt sich die Politik jetzt als verständnisvoll und wertschätzend. Gleichzeitig werden die
85 Forderungen der FFF Bewegung entkräftet, indem der Öffentlichkeit ein neuer, angeblich
86 klimafreundlicher Kurs präsentiert wird: Plötzlich sollen Plastiktüten verboten und Dieselaautos
87 von den Straßen verbannt werden. Die Bundesregierung hat sogar ein Klimapaket auf den
88 Weg gebracht, in welchem eine CO₂-Bepreisung festgelegt wird, was eine zentrale Forderung
89 der FFF Bewegung war.

90 Das tatsächliche Problem jedoch wird ignoriert, denn Ziel der Maßnahmen der deutschen
91 Politik ist nicht der Umweltschutz, sondern die Beschwichtigung der Bürger*innen und im
92 Endeffekt die Spaltung der Protestbewegung. Dies wird im Besonderen bei genauerer
93 Betrachtung der aktuellen Umweltpolitik deutlich:

94 Die FFF Bewegung fordert eine Steuer von 180 Euro auf jede Tonne CO₂-Emission⁸, das
95 Klimapaket der Bundesregierung sieht ab dem Jahr 2021 eine CO₂-Steuer von 10 Euro pro
96 Tonne CO₂ Emission vor (jährlich wachsend bis auf 35 Euro).⁹ Wir halten die Forderung nach
97 einer CO₂-Steuer in Bezug auf die Sozialverträglichkeit zwar für grundsätzlich problematisch,
98 klar ist aber auch, dass die von der Bundesregierung geplante geringe Steuer keine
99 Lenkungswirkung haben wird.

100 Weiter Fordert FFF den Ausstieg aus Stromerzeugung durch Kohleverbrennung bis 2030 und
101 einen Netto-Null für den CO₂-Ausstoß bis 2035 für Deutschland.¹⁰ Diese Forderungen sind
102 wissenschaftlich untermauert und sollen den menschengemachten Klimawandel auf unter 2
103 Grad Celsius beschränken. Eben jenes Ziel wurde auch im rechtsverbindlichen

⁸ <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

⁹ <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975232/1673502/768b67ba939c098c994b71c0b7d6e636/2019-09-20-klimaschutzprogramm-data.pdf?download=1>

¹⁰ <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

104 Klimaschutzabkommen von Paris (2015) von 195 Ländern - darunter auch Deutschland -
105 beschlossen.¹¹

106 Der derzeitige umweltpolitische Kurs Deutschlands sieht jedoch ein vorsätzliches Verfehlen
107 dieser Ziele vor.¹²

108 Spätestens hier wird klar, dass die aktuelle Bundesregierung mit ihren Maßnahmen nichts
109 gegen die immer größer werdende Bedrohung der Erderwärmung unternehmen möchte,
110 sondern durch Manipulation den politischen Widerstand gegen ihre aktuelle Politik zu
111 schwächen versucht.

112 Wir als Landeschüler*innenvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen fordern die Politik
113 auf, ihren Pflichten nachzukommen und sich den unsere Existenz als Zivilisation bedrohenden
114 Problem der Klimakatastrophe zu stellen und auf zahllose leere Worte und Versprechungen
115 nun endlich wirkliche Taten folgen zu lassen. Auf politischer Ebene müssen Entscheidungen
116 getroffen werden, die dem menschengemachten Treibhauseffekt und im Generellen der
117 aktuellen Umweltzerstörung entgegenwirken. Dabei sollen Manipulation und Unmündigkeit
118 Transparenz und Aufklärung weichen, auch dafür hat vor allem die Politik Verantwortung zu
119 tragen; zur Erfüllung ihrer Pflichten steht der Politik die Expertise und das gesammelte Wissen
120 jahrelanger Forschung zur Verfügung. Weiter fordern wir die Politik auf, sich nicht von
121 Wirtschaftsinteressen, Ignoranz und Unfähigkeit, sondern von Demokratie, Rücksichtnahme
122 und Pflichtbewusstsein in politischen Entscheidungen leiten zu lassen. So muss die Politik
123 endlich anfangen, Jugendliche ernst zu nehmen und ihnen ihre Stimme im Geiste der
124 Demokratie zuzugestehen und ernst zu nehmen. Neue Wege liegen schon seit Jahren vor uns,
125 es müssen nur endlich Schritte in die richtige Richtung gemacht werden.

126 **Begründung:**
127 erfolgt mündlich

¹¹ https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/paris_de

¹² <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/klimaschutzbericht-ziele-2020-immissionen-klimawandel>

R4	Titel: Ich bin nicht rassistisch, aber ‚biodeutsch‘
	Antragssteller*in: Landesvorstand

1 **Antragstext:**

2 “Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler,
3 als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?” So schrie der Propagandaminister
4 und Stellvertreter Adolf Hitlers 1943 im Sportpalast in Berlin. Das Publikum antwortete mit
5 Jubel und Beifall. Wie hätte es auch anders sein können, schließlich hatte Goebbels vorher
6 veranlasst, dass im Stadion verteilt eine große Anzahl überzeugter Nationalsozialisten saßen,
7 die für eine entsprechende Stimmung sorgten. Hauptanlass für Goebbels’ Rede war die
8 Niederlage der deutschen Armee bei Stalingrad; 100.000 Männer wurden eingekreist und
9 mussten kapitulieren, im Endeffekt überlebten nur 10.000.

10

11 Im Zweiten Weltkrieg starben insgesamt etwa 55.000.000 Menschen, manche Quellen
12 sprechen sogar von 70.000.000 Menschen, die meisten davon waren (sowjetische und
13 polnische) Zivilist*innen. Die Frage ist: Wie konnte es so weit kommen? Wieso musste es so
14 weit kommen? Warum leisteten die Massen keinen Widerstand gegen das
15 nationalsozialistische Regime?

16

17 2019: Haben wir aus der Geschichte gelernt?

18

19 Mit einer Schusswaffe in den Händen versucht sich am 9.10.2019, dem höchsten jüdischen
20 Feiertag Jom Kippur, ein judenfeindlicher “unzufriedener weißer Mann”, wie er sich später vor
21 Gericht nennen wird, die Türen der Synagoge in Halle aufzuschließen, mit der Absicht, alle in
22 dem Gebäude befindlichen Menschen zu ermorden. Doch die Tür der Synagoge hält. Also
23 entfernt sich der Täter von der Synagoge und schießt mit seiner Schusswaffe zunächst der 40
24 jährigen Jana L. drei mal in den Rücken; sie stirbt. Kurze Zeit später trifft der Täter auf Kevin
25 S., einen 20-jährigen Bauarbeiter, der gerade seine Mittagspause friedlich in einem Döner-
26 Imbiss verbringt, auch er wird erschossen.

27

28 Bis zu seiner Festnahme verletzt der Täter noch zwei Menschen und verfehlt zwei weitere.

29 Im Nachhinein wird bekannt, dass sich der Täter über Foren im Internet radikalisiert hat. Seine
30 Tat ist als eine aus rechtsextremen Motiven erfolgte Gewalttat einzuordnen.

31

32 Rechte Gewalttaten sind keine Seltenheit in Deutschland, im Gegenteil, sie sind längst Alltag.
33 Doch sind es nicht nur die Täter*innen, welche Schuld tragen, es gibt auch die, die rechter
34 Gewalt und rechtem Terror den Boden bereiten. Jene, die in der Öffentlichkeit Lügen
35 verbreiten und gegen Menschen hetzen, "die nicht deutsch genug sind". Sei es auf YouTube,
36 auf Twitter, auf Twitch, auf Internetseiten, in irgendwelchen Foren oder im Fernsehen.

37 Der Zweite Weltkrieg ist keine 100 Jahre her und schon wieder sitzen in deutschen
38 Parlamenten Politiker*innen wie Björn Höcke. Ein Mann, der nach Gerichtsbeschluss als
39 Faschist bezeichnet werden durfte. Björn Höcke ist ein Nationalsozialist in einer Machtposition
40 und darüber hinaus Lehrer. Er ist Mitbegründer der rechtsextremen Bewegung "Der Flügel"
41 innerhalb der AfD und verwendet in seiner Rhetorik immer wieder Begriffe, die dem
42 Nationalsozialismus entstammen. So bezeichnete er Sigmar Gabriel als "Volksverräter" und
43 schreibt in seinen Büchern, dass den Deutschen der "Volkstod" durch
44 "Bevölkerungsaustausch" drohe. Dennoch ist er Spitzenkandidat der AfD in Thüringen.
45 Alexander Gauland bezeichnet den Faschisten Höcke als einen Mann aus der Mitte der Partei.
46 Der Fall des Björn Höcke ist somit, neben zahlreichen anderen Beispielen, bezeichnend für die
47 AfD und entlarvt sie als eine Partei, die nationalsozialistische Ideen vertritt und Rassismus,
48 Sexismus sowie Antisemitismus verbreitet.

49

50 Trotz dieser Tatsachen erzielt die AfD große Erfolge:

51

52 26.5.2019: Europawahl, 11% aller abgegebenen Stimmen aus Deutschland gehen an die AfD -
53 das entspricht einem Zuwachs von 3,9 Prozentpunkten. Außer den Grünen konnte keine
54 andere Partei einen derartigen Zuwachs an Wähler*innenstimmen verzeichnen.

55

56 1.9.2019: Landtagswahl in Sachsen, 27,5% aller abgegebenen Stimmen gehen an die AfD - das
57 entspricht einem Zuwachs von 17,7 Prozentpunkten - damit ist sie die zweitstärkste Kraft
58 geworden.

59 Ähnlich sieht es am gleichen Tag bei der Landtagswahl in Brandenburg aus: 23,5% für die AfD
60 - hier ein Zuwachs von 11,3 Prozentpunkten - damit wurde sie auch hier die zweitstärkste
61 Kraft.

62

63 27.9.2019: Landtagswahl in Thüringen und die AfD bringt es auch hier auf 23,4% - ein Zuwachs
64 von 12,8 Prozentpunkte - damit wurde sie auch in Thüringen die zweitstärkste Kraft.

65

66 Auch in der Schule versucht die AfD ihre Ideologie zu verbreiten und kritische Stimmen zu
67 unterdrücken, indem sie zum Beispiel Lehrer*innenmeldeportale errichtete, auf welchen
68 Schüler*innen der AfD mitteilen konnten, wenn Lehrer*innen sich negativ zur AfD äußerten.
69 Ein Versuch, politische Gegner durch Einschüchterung zum Schweigen zu bringen.

70

71 Wir als Landeschüler*innenvertretung Nordrhein-Westfalens bestärken angesichts des
72 rechten Terrors und "moderner" Faschisten in den Parlamenten unsere antifaschistischen
73 Ideale und unsere Ablehnung gegenüber jeglicher Form von Diskriminierung oder
74 menschenfeindlichen Ideologien. Wir verurteilen die "Alternative für Deutschland" als eine
75 neonationalsozialistische Partei, da sie sich in keinster Weise von Personen, wie dem
76 Faschisten Björn Höcke, oder dessen NS-verherrlichenden Äußerungen distanziert, sondern
77 diesen als einen Mann aus ihrer Mitte umarmt. Gleiches gilt für die Parteien "Die Rechte" und
78 die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD).

79

80 Wir solidarisieren uns mit den Angehörigen der Opfer des Anschlags von Halle und allen in
81 Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden, die permanent antisemitischen Anfeindungen
82 ausgesetzt sind und deren Gotteshäuser, Schulen und Seniorenheime nicht ohne Grund rund
83 um die Uhr Polizeischutz erhalten sollten. Wir solidarisieren uns aber auch mit anderen
84 rassistisch diskriminierten Gruppen, wie muslimischen und Schwarzen Mitbürger*innen
85 (PoC). Und mit allen Menschen, die sich so wie die Anhänger*innen der Antifaschistischen
86 Aktion tagtäglich dafür einsetzen, dass Faschismus nicht als Meinung, sondern als Verbrechen
87 erkannt wird.

88

89 Als demokratisch legitimierte Interessenvertretung der Schüler*innenschaft NRWs stehen wir
90 für eine Schule frei von nationalsozialistischen Ideen.

91

92 Die Tatsache, dass der Nationalsozialismus wieder salonfähig ist, erfüllt uns mit Angst um
93 unsere Mitschüler*innen, die anderen Religionsgemeinschaften angehören oder aus anderen
94 Kulturen zu uns geflohen oder zugewandert sind. Daher fordern wir alle
95 Entscheidungsträger*innen in den Schulen NRWs, aber auch alle anderen
96 Landesschüler*innenvertretungen Deutschlands dazu auf, die AfD und ähnliche Parteien aus
97 den Klassenräumen zu verbannen. Denn Schulen sind Schutzräume, in denen
98 menschenverachtende Ideen und Personen keinen Platz haben und keine Bühne bekommen
99 dürfen.

100

101 Wir wünschen uns eine Gesellschaft ohne Gewalt, in der jeder Mensch, unabhängig davon,
102 was er glaubt, wo er herkommt oder wie er aussieht, im Geiste der Menschenrechte geachtet
103 wird.

104

105 **Begründung:**
106 erfolgt mündlich